

FINANZPLATZ REGULIERUNGSWELLE IM ANZUG

Anlageberater sollen ihren Kunden reinen Wein einschenken

Demnächst berät das Parlament eine neue Gesetzesgrundlage für Finanzdienstleister. Sie wird Banken und vor allem kleineren Finanzverwaltern das Leben erschweren und Kunden besser schützen.

Auf den Schweizer Finanzplatz rollt eine Regulierungswelle zu, wie ihn dieser wahrscheinlich noch nie erlebt hat. Sie verbirgt sich hinter der harmlosen Bezeichnung Kleeblattreform. Ein wesentlicher Treiber ist die internationale Vernetzung – wenn der Schweizer Finanzplatz nicht mitzieht, verliert er den Anschluss. Es fliessen auch Lehren aus der Finanzkrise ein. Und die Bankenskandale der vergangenen Jahre verleihen der Reform Schub. Erst diese Woche wurde publik, dass US-Behörden gegen eine Reihe von international tätigen Grossbanken – darunter UBS und CS – eine Untersuchung wegen Manipulation von Edelmetallkursen einleiten (siehe Text rechts). Solche fragwürdigen Bankgeschäfte sind starke Argumente für einen Ausbau des Schutzes von Anlegern. Diese sollen neu umfassende und einheitlich gestaltete Dokumentationen über Finanzprodukte wie Aktien erhalten.

Bauchweh bereitet den Banken, dass sie einen Prozesskostenfonds öffnen müssen, damit unzufriedene Kunden gegen sie klagen können. Und eine Beweislastumkehr soll den Gang vors Gericht zusätzlich erleichtern: Gemäss Vorlage haben künftig im Streitfall nicht mehr Kunden eine unsorgfältige Beratung der Banken zu beweisen. Stattdessen müssen diese belegen, dass alles korrekt gelaufen ist.

Schutzbedürftige Kunden

«Die EU geht beim Anlegerschutz von schutzbedürftigen Anlegern aus», sagt Pascal Sprenger, Director Regulatory Competence Center bei der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft KPMG. Den Finanzdienstleistern werden umfassende Warnpflichten verordnet, das sei wie ein langer Beipackzettel für Medikamente. Ob das aus Schweizer Sicht notwendig ist, bezweifelt Sprenger jedoch und fragt rhetorisch: «Investieren nur Kunden ohne Kenntnisse in Finanzprodukten?» Ähnlich hinterfragt Sprenger die neuen Vorschriften für Vermögensverwalter. «In dieser Hinsicht ist die Schweiz, trotz mehrerer Versuche, das zu korrigieren, bis heute in Europa eine Insel geblieben.» Vielleicht auch zu Recht, meint Sprenger. Denn in der Vermögensverwaltung habe es bisher nur wenige Missbräuche gegeben. Der zusätzliche Aufwand,

der mit der Reform einhergeht, ist Ausdruck eines anderen Rechtsverständnisses: «Bisher basierte das Recht auf mehr Eigenverantwortung des Kunden, neu erhält er quasi eine Vollkaskoversicherung», sagt Günther Dobrauz.

Er vergleicht es auch mit einem «wenig differenzierten russischen Haarschneideansatz» – vieles wird normiert. Die historisch stark föderale Strukturgesetzgebung der Schweiz werde sich in der neuen Finanzmarktregulierung nicht mehr widerspiegeln. Die Schweiz nähere sich mit dieser grundlegenden Reform der zentralistischen EU-Systematik an.

Droht eine Prozesslawine?

Der erwähnte Prozesskostenfonds und die Beweislastumkehr sind umstritten – Interessenvertreter rechnen zum Beispiel schon mit einer Prozesslawine, wenn der erwähnte Fonds kommt. Doch in ihren Grundzügen ist die Vorlage nicht zuletzt wegen der erwähnten Bankenskandale kaum noch zu stoppen. Günther Dobrauz, bei der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft PWC Leiter Legal Regulatory Services, formuliert es so: «Parlamentarier, die sich derzeit in solchen Fragen scheinbar gegen die Konsumenten und für die Banken einsetzen, riskieren einen politischen Selbstmord.» Er macht die Erfahrung, dass es schwierig ist, über das Thema zu informieren, weil «Emotionen im Spiel sind».

DI E NEUEN G E S E T Z E

Finanzmarkt Das Finanzinfrastrukturgesetz (FinfraG) soll als Folge der Finanzkrise insbesondere den Devisenhandel strenger regulieren. Die Vorlage lehnt sich an EU-Recht an. Da die meisten Derivate heute mit Dienstleistern aus der EU gehandelt werden, erleichtert dies den Handel. Weiter geht es um die Bewilligung von Börsenhandel. Die Regulierung soll Transparenz schaffen und Risiken senken. **Termin** Vorlage ist im Parlament. Es tritt frühestens 2016 in Kraft. **Kritik** Der Bundesrat hat Kritik aus der Vernehmlichung mit Korrekturen berücksichtigt. Viel Widerstand ist nicht mehr zu erwarten.



Die Kleeblattreform umfasst vier neue Gesetze mit sperrigen Titeln (siehe Box unten). Eines davon, das Finanzmarktaufsetzungsgesetz, ist bereits in Kraft. Das politische Seilziehen um diese Vorlage dürfte nur ein Vorgeschmack gewesen sein auf das,

was vor allem beim Finanzdienstleistungsgesetz blüht. Das Paket hat schmerzhaft Folgen. Denn steigende Regulationsdichte bedeutet mehr Aufwand. Und dieser trifft insbesondere die kleinen Vermögensverwalter. «Die Anbieter von Finanzdienst-

leistungen müssen die gleichen Formulare ausfüllen, egal ob sie 10 oder 10000 Kunden betreuen», fasst es Pascal Sprenger zusammen.

Nachdem Deutschland vor rund 17 Jahren ähnliche Finanzmarktreflexionen umgesetzt hatte,

blieben 80 bis 90 Prozent der kleinen Vermögensverwalter auf der Strecke – sie schafften es nicht, unter den neuen Bedingungen genügend Rendite zu erzielen. Die Ausgangslage in Deutschland war eine andere als jetzt in der Schweiz. Dennoch

rechnet Alexander Rabian auch hier mit einer Bereinigung: «Sicher die Hälfte kann nach der Umsetzung nicht mehr genügend Marge erwirtschaften», sagt der Geschäftsführer der Selbstregulierungsorganisation (SRO) des Verbands der Schweizerischen Vermögensverwalter. Andere Experten zeichnen ein weniger dramatisches Bild. Doch ganz ohne Abstriche dürfte es nicht gehen: Ein Rückgang der Zahl der Vermögensverwalter um 10 bis 20 Prozent dürfte der Realität näher kommen.

Die SRO hat triftige Gründe für pessimistische Prognosen. Als Interessenvertreterin muss sie für gute Bedingungen kämpfen. Zudem steht auch die SRO vor Umwälzungen, weil das Gesetzpaket eine neue umfassende Aufsicht der Vermögensverwalter vorsieht.

Excel reicht nicht mehr Vermögensverwaltung ist ein verschwiegnes Geschäft. Die kontaktierten Firmen wollen nicht namentlich genannt werden. «Der Sockelaufwand nimmt sich immer wieder über allzu grosse Nähe zu den Banken. ki

rechnet Alexander Rabian auch hier mit einer Bereinigung: «Sicher die Hälfte kann nach der Umsetzung nicht mehr genügend Marge erwirtschaften», sagt der Geschäftsführer der Selbstregulierungsorganisation (SRO) des Verbands der Schweizerischen Vermögensverwalter. Andere Experten zeichnen ein weniger dramatisches Bild. Doch ganz ohne Abstriche dürfte es nicht gehen: Ein Rückgang der Zahl der Vermögensverwalter um 10 bis 20 Prozent dürfte der Realität näher kommen.

Die SRO hat triftige Gründe für pessimistische Prognosen. Als Interessenvertreterin muss sie für gute Bedingungen kämpfen. Zudem steht auch die SRO vor Umwälzungen, weil das Gesetzpaket eine neue umfassende Aufsicht der Vermögensverwalter vorsieht.

Excel reicht nicht mehr Vermögensverwaltung ist ein verschwiegnes Geschäft. Die kontaktierten Firmen wollen nicht namentlich genannt werden. «Der Sockelaufwand nimmt sich immer wieder über allzu grosse Nähe zu den Banken. ki

Geschäftsleiter, der weniger als ein halbes Dutzend Angestellte beschäftigt, beschreibt das anhand eines Beispiels: «Heute arbeiten wir mit Excel-Tabellen, neu müssen wir ein System einführen, das die Speicherung nicht veränderbarer Rapporte erlaubt.» Nur ein solches System gewährleistet genügend Rechtssicherheit, um gegen Klagen von Kunden gewappnet zu sein. Während eine solche Infrastruktur bei grösseren Banken längst Standard sei, müssten Vermögensverwalter dafür nun ansehnliche Summen investieren. Alternativ lässt sich die Dienstleistung an dafür spezialisierte Firmen outsourcen. Doch das schmälert die Marge. Und wie weit sich die zusätzlichen Kosten auf den Kunden abwälzen lassen, ist unklar. Nebst zusätzlichen Investitionen in die Informatik und mehr administrativer Arbeit müssen etliche auch ihre Organisation anpassen: Gleichzeitig das Geschäft zu führen und im Verwaltungsrat Einsitz zu nehmen, geht nach den neuen Gesetzen, wie sie jetzt vorgespurt sind, beispielsweise nicht mehr.

Termin Seit Anfang 2009 in Kraft. **Kritik** Die Firma wird von vielen Seiten kritisiert. Finanzdienstleister werfen ihr übertriebene Durchsetzung von Regulierungen vor. Die Gegenseite mokiert sich immer wieder über allzu grosse Nähe zu den Banken. ki

SKANDALE

Haarsträubende Geschäfte von Banken

• Nach dem Konkurs der US-Investmentbank Lehman Brothers im Herbst 2008 geraten weltweit etliche andere Finanzinstitute unter Beschuss. Sie hatten ihren Kunden teilweise **undurchsichtige Finanzprodukte der Grossbank verkauft**. Manche Kunden prozessierten. Die Credit Suisse entschädigte über 3700 betroffene Anleger mit über 150 Millionen Franken.



Anleger, die in Lehman-Wertpapiere investiert hatten, demonstrierten 2008 vor der CS in Zürich.

• MF Global – bis dahin einer der grössten Derivate-Broker – geht im November 2011 pleite. Erhätte Investoren getäuscht und **Gelder im Umfang von 700 Millionen Dollar veruntreut**.

• Im Juni 2012 wurde bekannt, dass die Barclays-Bank **den Libor jahrelang manipuliert** hatte. Rund 20 Banken sollen bei der Manipulation mitgewirkt haben, darunter auch die Schweizer Grossbanken UBS und CS. Der Libor (London Interbank Offered Rate) ist der Referenzzinssatz im Geschäft unter Banken. Ein gesteuerter Referenzzinssatz ist mit dem verbotenen Insiderhandel vergleichbar. Er kann **bei Spekulationsgeschäften zu den eigenen Gunsten ausgenutzt** werden. Zudem konnten die Banken überhöhte Zinsen verrechnen. Die UBS zahlte eine Strafe von 1,2 Milliarden Euro.

• Im Dezember 2012 zahlt die britische Grossbank HSBC in einem Vergleich mit der US-Justiz eine Busse von 1,92 Milliarden Dollar. Der Konzern machte sich der Beihilfe zur Geldwäscherei schuldig. Allein 2007 und 2008 transferierte die Bank 7 Milliarden Dollar aus Mexiko in die USA, ohne dessen Herkunft zu prüfen. **Vorgeschriebene Kontrollmechanismen hat sie ausser Kraft gesetzt**. Die Bankleitung gelobte Besserung. Das tat sie schon im Jahr 2003, als sie bereits wegen **Geldwäscherei** ins Visier der US-Justiz geraten war. Im Juli 2012 wurde die Bank vom US-Senat wegen ihrer «durch und durch versauten Unternehmenskultur» gerügt. Zu einer Strafverfolgung kam es aus Angst vor einem Konkurs nicht. Im Februar dieses Jah-

res wurden im Rahmen von Swiss-Leaks weitere Informationen über die HSBC bekannt. Dabei geht es um die **Finanzierung von Terrorgruppen, Waffengeschäften** und um Geschäfte mit Handlangern von Diktatoren, Blutdiamanten sowie Drogen.

• Im Jahr 2013 finden weltweit Ermittlungen wegen **Devisenkursmanipulationen** statt. Schliesslich wird ein Weltweitverurteilung von Diktatoren vorgeworfen, Kurse so manipuliert zu haben, dass sie mit den von ihnen gehandelten Derivaten (komplizierte Finanzkonstrukte) **sichere Gewinne erwirtschaften** konnten. Sie sprachen sich ab und brachten Grossaufträge von Kunden zu einem bestimmten Zeitpunkt auf den Markt. Massgeblich beteiligt war unter anderem die UBS. Sie einigte sich mit Aufsichtsstellen verschiedener Länder auf eine Entschädigung von 774 Millionen Franken.

• Im August 2014 einigte sich die Bank of America mit der US-Justiz auf eine **Zahlung von 16,65 Milliarden Dollar**. Der Bank wird vorgeworfen, sie habe im grossen Stil und über Jahre hinweg ihre Kunden mit Immobilienderivaten getäuscht. Die auf Hypotheken basierenden Obligationen wurden **den Kunden wider besseres Wissen als sichere Anlagen verkauft**. Schon vor dieser Vergleichszahlung hatte die Grossbank **60 Milliarden Dollar Strafzahlungen** an hintergegangene Anleger geleistet.

• Diese Woche wurde bekannt, dass US-Behörden den **Edelmetallhandel** von zehn Grossbanken untersuchen. Sie sollen die Kurse manipuliert und daraus widerrechtlich Profit geschlagen haben. Betroffen sind auch UBS und CS. ki



Der Fall Lehman Brothers erregte die Gemüter mehr als die widerrechtlichen Kursmanipulationen. Bilder Keystone

BZ Namen

Nun springt auch der grüne 34-jährige Nationalrat **Bastien Girod** aufs Kandidatenkarussell für einen der beiden Zürcher Ständeratssitze auf. Zwar sagte er noch Anfang Jahr, der Zeitpunkt für eine Kandidatur sei ungenügend wegen der Geburt seiner Tochter. Nach der Rücktrittsankündigung der grünliberalen Verena Diener wittert Girod, der an der ETH als Umweltingenieur arbeitet, nun aber seine

Chance. Weil auch Felix Gutzwiller (FDP) Ende Legislatur abtritt, sind nämlich gleich beide Sitze im Stöckli neu zu besetzen. Folgt die Mitgliederversammlung am 12. Mai der «fast einstimmigen» Empfehlung des Parteivorstands, wartet ein lebhafter Wahlkampf auf Girod. Neben ihm buhlen die Nationalräte Daniel Jositsch (SP), Ruedi Noser (FDP), Martin Bäumle (GLP) und SVP-Kantonsrat Hans-Ueli Vogt mit. Und auch aus den Reihen der CVP gibt es mit Nationalrätin Barbara Schmid-Federer eine Interessentin. cab

Vontobel-Verkauf zahlt sich aus

RAIFFEISEN Die Bankengruppe erhöht den Gewinn. Ursache dafür ist aber nicht das Kerngeschäft, sondern der Verkauf der Vontobel-Aktien.

Die Raiffeisen-Bankengruppe hat 2014 zum dritten Mal in Folge mehr Gewinn erzielt. Er fiel mit 759 Millionen Franken um 6 Prozent höher aus als im Vorjahr. Das Resultat schönte jedoch der Verkauf der Beteiligung an der Bank Vontobel – ohne diesen hätte das Ergebnis stagniert, wie Raiffeisen gestern in St. Gallen informierte. Raiffeisen-Chef-Pierin Vincenz, der unlängst seinen

Rücktritt auf Frühling 2016 angekündigt hat, zeigte sich «sehr zufrieden» mit dem Ergebnis in einem schwierigen Umfeld. Zu schaffen machte der drittgrössten Bankengruppe der Schweiz, die als Genossenschaft organisiert ist, aber das Tiefzinsumfeld. So warf das Zinsengeschäft trotz starkem Wachstum bei den Hypotheken kaum mehr ab als im Vorjahr. Weil zudem auch der Geschäftsaufwand stieg, fiel der gemeinsame Bruttogewinn der 305 Raiffeisen-Banken und der Notenstein-Privatbank sogar leicht tiefer aus als noch 2013.

Während sich der Erfolg aus dem für die Raiffeisen-Banken wichtigen Zinsgeschäft mit 2,13 Milliarden Franken praktisch auf Vorjahresniveau bewegte (+0,1 Prozent), konnten die Einnahmen aus dem Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft um 8,4 Prozent auf 429 Millionen Franken ausgeweitet werden. Raiffeisen profitierte dabei gleichermaßen vom Zufluss neuer Kundengelder in Höhe von rund 6,7 Milliarden Franken wie von der Ausweitung des Hypothekenvolumens um 5 Prozent. Weniger Geld nahm Raiffeisen im Handelsgeschäft ein. sda

Die 2012 gekaufte Notenstein-Privatbank soll im laufenden Jahr dank Nutzung von Synergien und der Lancierung neuer Angebote in eine Phase des profitablen Wachstums treten. Notenstein steigerte 2014 den Betriebsertrag um 8,3 Prozent auf 160,5 Millionen Franken und trug ein Viertel zum Neuzugriff der Raiffeisen-Gruppe bei. Der Aufbau führte aber auch zu einem deutlich höheren Geschäftsaufwand, sodass sich Notestins Bruttogewinn auf 6,9 Millionen Franken halbierte. Die verwalteten Vermögensgegenstände von 19,8 auf 21,2 Milliarden Franken. sda

BLS könnte den Autoverlad am Gotthard bewältigen

TUNNELSANIERUNG Die Bahnen würden in die Bresche springen, wenn die Sanierung des Gotthard-Strassentunnels ohne zweite Röhre geschähe. Die BLS bringt sich für den Autoverlad in Stellung.

Nächstes Jahr wird an der Urne über eine zweite Strassenröhre durch den Gotthard abgestimmt. Als Hauptargument dafür bringen Bundesrat und Parlament vor, dass damit Engpässe während der Sanierung umgangen werden könnten. Doch eine Studie der Bundesämter für Verkehr (BAV) und Strassen (Astra), die noch vor

dem Grundsatzentscheid für die zweite Röhre erstellt wurde, kommt zum Schluss, dass es ohne ginge. Mit einem Verlad der Lasten zwischen Erstfeld und Biasca durch den Neat-Basistunnel, einer Verlagerung des Gütertransports direkt auf Bahnwaggons oder einem Transport via alternative Routen liesse sich der Güterumschlag auch bei geschlossenem Strassentunnel bewältigen.

Maximal 600 Autos pro Stunde Neben den Gütern müssten während der Tunnelanierung aber auch die Personenzüge am Gotthard auf die Bahn verlagert

werden. Um Ausweichfahrten zu ermöglichen, setzt der Bund im alten Gotthard-Bahntunnel Göschenen-Airolo eine Transportkapazität für fünf Millionen Autos pro Jahr voraus. Diese Kapazität könne die BLS zur Verfügung stellen, erklärte Urs Hochuli, Leiter des BLS-Autoverlades zwischen Kandersteg und Goppenstein, an einer Pressefahrt für Bahnjournalisten. Mit dem BLS-Angebot lassen sich in Spitzenstunden 600 Fahrzeuge durch den Gotthard transportieren. Das entspricht 60 Prozent der maximalen Kapazität des Strassentunnels (inklusive Las-

tern, die auf die Neat verlagert werden sollen). Die Betriebskosten pro Jahr belaufen sich auf 36 Millionen Franken oder bloss sieben Franken pro Stehplatz. Dazu kommen Investitionen von rund 70 Millionen Franken ins Rollmaterial, wobei nur ein Teil den Autoverlad am Gotthard belasten würde. Denn, so sagte Hochuli vor den Medien: Die BLS könnte die Autoverladzüge nach Abschluss des temporären Verlags am Gotthard auf ihrer Stammstrecke weiter verwenden. «Es müssen also keine Ressourcen zur expliziten Verwendung am Gotthard beschafft werden», sagt Hochuli.

Das bringt dem Angebot der BLS auf der SBB-Stammstrecke am Gotthard einen enormen Wettbewerbsvorteil.

Billiger als die zweite Röhre Der Gütertransport käme ebenfalls weit billiger als der Bau der 2,8 Milliarden Franken teuren zweiten Röhre: Bei einem mittleren Szenario würden die Bereitstellung und der fünfjährige Betrieb rund 0,8 Milliarden Franken kosten, geht aus der Studie von BAV und Astra hervor. Um den Gütertransport auf der Schiene bewerben sich mittlerweile auch mehrere Anbieter. hpg

In Kürze

BUNDESINFORMATIK Lehren aus Debakel bei Insieme gezogen

Der Bundesrat will im Nachgang des Scheiterns des Informatikprojekts Insieme weitere Massnahmen ergreifen. Er sei bereit, einen Grossteil der Empfehlungen der Finanz- und Geschäftsprüfungskommissionen anzunehmen. Unter anderem sollen Aktenführung und Archivierung verbessert werden. Dadurch soll auch sichergestellt werden, dass bei Wechseln in der Departementsführung die Kontinuität sichergestellt ist. Die Kommissionen hatten eine «desolante Dokumentenlage» bemängelt. sda

ZÜRICH SR Technics streicht 250 Stellen

Das Flugzeugwartungsunternehmen SR Technics plant den Abbau von bis zu 250 ihrer 2400 Stellen in Zürich. SR Technics begründete den geplanten Abbau mit der aktuellen wirtschaftlichen Situation und dem «dynamisch wechselnden Reparatur- und Wartungsmarkt». Betroffen sind administrative Stellen in Zürich. Gleichzeitig wird SR Technics ein Service-Center in Belgrad aufbauen. SR Technics hat weltweit rund 3300 Stellen. sda

KONJUNKTUR Stimmung kühl sich merklich ab

Die starke Aufwertung des Frankens seit Mitte Januar hat zu einer rapiden Stimmungverschlechterung in fast allen Branchen geführt. Nach Einschätzung der Konjunkturforschungsstelle (KOF) der ETH Zürich schlägt sich die geldpolitische Wende nun auch in den Auftragsbüchern nieder. Das KOF-Konjunkturbarometer ist um 6 Punkte auf noch 90,1 Zähler gefallen. Das ist der stärkste Rückgang seit 2011, und das Barometer steht nun auch deutlich unter seinem langjährigen Durchschnitt. sda

GESUNDHEITSWESEN Grüne wollen Mini-Einheitskassen

Die Grünen Schweiz schlagen nach dem Nein zur nationalen Einheitskasse dezentrale öffentliche Krankenkassen vor. Explizit sollen die Kantone in der Romandie solche einführen dürfen. Dazu fordern sie «Korrekturen bei der unsozialen Kopfprämie». sda

VERSICHERUNG Erfolgreiches Jahr für Swiss Life

Der Lebensversicherer Swiss Life hat 2014 seine Prämieinnahmen um 7 Prozent auf 19,1 Milliarden Franken steigern können. Allein in der Schweiz betrug das Prämienwachstum 11 Prozent. Höher ausgefallen ist mit 818 Millionen Franken (+4 Prozent) auch der Reingewinn. sda

ANZEIGE
Ferien ab Bern
«Lust auf Meer? Rufen Sie mich an.»
Natalie Müller
belpmoos reisen
031 720 33 00 | belpmoos-reisen.ch
Erlenauweg 17 | 3110 Münsingen